

Kantonsrat

Parlamentsdienste

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch*

Kleine Anfrage Nadine Vögeli, SP Hägendorf, Fragen zum Umgang mit der Corona-Pandemie

Die Corona – Pandemie hat die ganze Schweiz und auch alle Kantone vor grosse Herausforderungen gestellt. Im Allgemeinen kann man wohl sagen, dass die Situation bis jetzt recht gut gemeistert wurde und die Exekutive auf Bundes- und Kantonsebene ihre Verantwortung wahrgenommen hat. Leider gaben aber auch einige Punkte Anlass zu Kritik. Beispielsweise das fehlende Schutzmaterial oder auch der Umgang mit alten Menschen in Pflegeinstitutionen oder von Menschen mit Behinderungen in stationären und ambulanten Einrichtungen.

Zu Beginn der Corona-Krise mussten Entscheidungen schnell getroffen werden. Auf die Interessen verschiedener Personengruppen konnte nur ungenügend Rücksicht genommen werden. Pflegeheime, Tagesstrukturen und andere Institutionen für Betagte, Hilfsbedürftige oder Menschen mit Behinderungen wurden geschlossen oder abgeriegelt. Dies ist in einer ersten Phase verständlich und auch vertretbar. Nach den ersten zwei bis drei Wochen hätte aber die Möglichkeit bestanden, zu überprüfen, was dies in den betroffenen Beziehungssystemen und auch bei den oben genannten Personengruppen auslöst. Es hätten Massnahmen getroffen werden können, um das Leid bei diesen Menschen zu lindern. Die Interessenvertretungen von betagten oder kranken Menschen, sowie von Menschen mit Behinderungen (z.B. Ombudsstellen, Pro Infirmis, Selbstvertretung-SO, Pro Senectute) wurden während des Lockdowns überrannt mit Anfragen. Verzweifelte Angehörige von Menschen mit Behinderungen haben sich gemeldet. Sie mussten teilweise von heute auf morgen ihre Angehörigen zu Hause betreuen, weil die entsprechenden Tagesstrukturen geschlossen wurden. Oder es haben sich Personen gemeldet, die ihre sterbenden Angehörigen nicht im Pflegeheim besuchen durften. Der Kanton Solothurn war hier restriktiver als andere Kantone. Zudem haben wir erlebt, dass Institutionen den Handlungsspielraum nicht immer zu Gunsten der Betroffenen genutzt haben. Fragen nach den Auswirkungen auf die psychische Verfassung der betroffenen Menschen wurden teilweise ausser Acht gelassen. Während WirtschaftsvertreterInnen in viele Entscheidungen miteinbezogen wurden, wurden Organisationen, welche sich für die Interessen der Heimbewohner und externen Heimklienten einsetzen, nicht begrüsst. Hätte man diese auch miteinbezogen, hätten zahlreiche Situationen entschärft und die daraus resultierenden Folgen verhindert werden können.

Mehrere Organisationen konnten nicht genügend Schutzmaterial bestellen, um die Versorgung ihrer Patienten anhand der Vorgaben durchzuführen. Es hat sich herausgestellt, dass der Kanton Solothurn, wie auch andere Kantone, bezüglich Schutzmaterial die Vorgaben aus dem Pandemiegesetz nicht umgesetzt hat.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Weshalb wurden die InteressenvertreterInnen (nicht BetreiberInnen von Institutionen) wie zum Beispiel Ombudsstellen, Pro Infirmis, Selbstvertretung-SO, Pro Senectute nicht in die Entscheidungen miteinbezogen?
- Ist geplant, diese Vertretungen bei einer allfälligen zweiten Wellen einzubeziehen?
- Weshalb wurden die Schliessungen von ambulanten und stationären Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen im Kanton Solothurn so viel restriktiver umgesetzt als in umliegenden Kantonen?

- Warum hatte der Kanton Solothurn trotz Pflicht nach Pandemiegesetz keinerlei Vorräte an Schutzmaterial?
- Warum bemühte sich der Kanton erst nach längerer Zeit, beim Bund Schutzmaterial zu erhalten?
- Welche spezifischen Lehren kann der Kanton jetzt schon aus der Corona-Krise ziehen?
- Was kehrt der Kanton für eine künftige Pandemie beziehungsweise eine zweite Welle vor?

Unterschriften:

1.

2.

3.